

Nation, Europa und Weltpolitik. Der Erste Weltkrieg und Rathenaus Friedens- und Kriegsziele

„Ich bin ein Deutscher jüdischen Stammes. Mein Volk ist das deutsche Volk, meine Heimat ist das deutsche Land, mein Glaube der deutsche Glaube, der über den Bekenntnissen steht.“¹

Am 29. September 1867 in Berlin geboren, war Walther Rathenau Preuße und ab 1870/71 Deutscher, was er höchst selbstbewusst zum Ausdruck brachte:

„Ich habe und kenne kein anderes Blut als deutsches, keinen anderen Stamm, kein anderes Volk als deutsches. Vertreibt man mich von meinem deutschen Boden, so bleibe ich deutsch und es ändert nichts [...]. Meine Vorfahren und ich selbst haben sich von deutschem Boden und deutschem Geist genährt und unserem, dem deutschen Volk erstatte, was in unseren Kräften stand. Mein Vater und ich haben keinen Gedanken gehabt, der nicht für Deutschland und deutsch war [...].“²

So war es Rathenau selbst, der zeitlebens nach einer „vorbehaltlosen Integration erst als Preuße und dann als Deutscher gestrebt hatte“.³

Er war ein überzeugter Preuße; sein Vertrauen wurzelte in den preußischen Reformen der Jahre 1806 bis 1813. „Das Herrlichste jener großen Zeit“, schrieb er 1913 zum hundertjährigen Jubiläum der Freiheitskriege, „war nicht das Opfer und nicht der Sieg, sondern die Einkehr, die beiden voranschritt [...]. Der Hörige wurde frei, der Bürger verantwortlich, die Söldnertruppe zum Volksheer. Die Regierung gewann Selbständigkeit, das Land selbstverwaltetes Leben.“⁴

1 Walther Rathenau: An Deutschlands Jugend (Juli 1918). In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918. Hrsg. von Alexander Jaser/Wolfgang Michalka. Düsseldorf 2017 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. III), S. 404–481, hier S. 407.

2 An Wilm Schwaner, 23.1.1916. In: Walther Rathenau: Briefe 1914–1922. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.2), S. 1502–1505, hier S. 1503.

3 Vgl. Martin Sabrow: Walther Rathenau: Preuße – Deutscher – Europäer? In: Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (Hrsg.): Dem Ideal der Freiheit dienen, ihrer Vorkämpfer gedenken. Rastatt 2003, S. 179–186, hier S. 186.

4 Walther Rathenau: Das Eumenidenopfer, 23.3.1913. In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914. Hrsg. von Alexander Jaser. Düsseldorf 2015 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. I), S. 1038–1047, hier S. 1042.

„Dieses Preußentum liebe und bewundere ich als Preuße und als Mensch; das kann mich aber nicht hindern, es mit offenen Augen anzuschauen und rückhaltlos die Stimme zu erheben, wenn es mir zu irren oder zu fehlen scheint.“⁵

Rathenau wurde zu einem scharfsinnigen Beobachter, engagierten Kommentator und erbarmungslosen Kritiker seiner Zeit und vor allem der deutschen Politik. Bereits seit 1907 hatte er vor einem internationalen Konflikt gewarnt, der sich zu einem europäischen Krieg ausweiten könnte. Seine Hauptkritik zielte zum einen auf den Mangel an professionellen Politikern in Deutschland und zum anderen – regelrecht als Folge davon – auf fehlende politische Konzepte:

„Daß Deutschland bei seinem gegenwärtigen inneren und äußeren Aufbau nicht imstande ist, eine folgerichtige und langatmige auswärtige Politik zu führen, habe ich [...] vor Beginn des Krieges dargelegt. Es fehlen uns die Menschen und Einrichtungen, vor allem die Einheitlichkeit des Willens.“

Und zur Begründung seiner Kritik schrieb Rathenau:

„Die Fehler kurzatmiger und unsteter Politik treten darin zutage, daß man sich in alles einmischt, für die Galerie arbeitet, alle anderen stört und nichts für sich erreicht [...]. Wir haben Frankreich gestört in Marokko, England in Transvaal, Russland in Konstantinopel, Japan in Shimonoseki. Wir haben Gelegenheiten zu Verständigungen versäumt mit England, Russland, Japan und, innerhalb gewisser Grenzen, mit Frankreich.“⁶

Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland vor 1914 sei – mangels eines verbindlichen außenpolitischen Konzepts – mehr auf die Wirkung nach außen angelegt und weniger darauf ausgerichtet gewesen, langfristig und beharrlich die eigene Position im internationalen Konzert zu bewahren oder sie sogar zu verbessern. Die sich mit theatralischer „Gebärde“ – Rathenau zog in diesem Zusammenhang den Vergleich zur Musik Richard Wagners⁷ – in jeden Konflikt einmischende deutsche Politik habe wenig nennenswerte Erfolge aufzuweisen, dafür aber Misstrauen bei den europäischen Großmächten erregt und Deutschland politisch immer mehr isoliert. Sein Urteil über die deutsche Politik seit Bismarcks Abgang fiel dann auch vernichtend aus: „Von der Hegemonie sind wir herabgestiegen und Angriffsziel geworden [...]“⁸

5 Walther Rathenau: Staat und Judentum (1911). In: Ebd., S. 798–833, hier S. 815. Vgl. auch Hans F. Löffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997, S. 82.

6 Rathenau: An Deutschlands Jugend (wie Anm. 1), S. 407.

7 Ebd., S. 453.

8 Rathenau: Das Eumenidenopfer (wie Anm. 4), S. 1040.

Im Folgenden wird in einem ersten Schritt Rathenaus Kritik an der deutschen (Außen-)Politik analysiert, um daran anschließend seine Perspektiven einer neuen, zukunftsweisenden Außenpolitik aufzuzeigen. Diese wurden in den Kriegstagen der sich ändernden Lage angepasst und differenziert. Schließlich werden Rathenaus Empfehlungen, wie der Krieg zu beenden wäre, sowie seine Vorstellungen zukünftiger internationaler Zusammenarbeit herausgearbeitet.

1. Führungsauslese

Rathenau vermisste in der deutschen Politik eine – was er vor allem an England bewunderte – kreative Führungsauslese. Besonders in Preußen, so sein Vorwurf, würden Offizierskorps und Diplomatie nahezu ausschließlich aus Aristokraten und Großagrariern rekrutiert werden. Die Zeit dieser traditionellen Eliten sei allerdings vorbei, weil neue Anforderungen andere Qualifikationen erforderten: „Preußen erzeugt fortwährend vorzügliche Verwaltungsbeamte; dagegen hat es in hundert Jahren nur einen einzigen bedeutenden Staatsmann der auswärtigen Politik hervorgebracht.“⁹ Seine Bewunderung für Otto von Bismarck ließ Rathenau aber nicht übersehen, dass die Ursachen der ausgebliebenen oder gar abgeblockten Führungsauslese differenziert und vielschichtig zu analysieren seien. An Botschaftsrat Hellmuth Lucius von Stödtgen schrieb er 1912:

„Die aristokratische Besetzung der Staatsämter ist nicht das, was mich in erster Linie besorgt macht, sondern der Mangel einer selbsttätigen Auslese. Aus welchen Gesellschaftsschichten sich tüchtige Leute rekrutieren, ist mir vollkommen gleichgiltig. Nötig aber ist, dass eine Garantie dafür besteht, daß nur die Geeignetsten – und diese in möglichst großer Zahl – die Verantwortung tragen.“¹⁰

Zum einen würde der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik immer dominierender, zum anderen stünden „im wirtschaftliche[n] Weltkampf [...] die Deutschen im Erfolge an dritter, intellektuell an erster Stelle“. Infolgedessen war es Rathenaus Überzeugung nach dringend erforderlich, wirtschaftliche Eliten und bürgerliche Intelligenz verstärkt mit politischen Führungsaufgaben verantwortlich zu betrauen.

9 Walther Rathenau: England und wir. Eine Philippika (1912). In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914 (wie Anm. 4), S. 937–943, hier S. 940.

10 1.6.1912. In: Walther Rathenau: Briefe. Teilband 1: 1871–1913. Hrsg. von Alexander Jaser/Clemens Picht/Ernst Schulin. Düsseldorf 2006 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. V.1), S. 1103.

So folgerte er: „Ein Volk von fünfundsechzig Millionen Menschen kann verlangen, daß die führenden Stellen im Staatswesen von allerersten Talenten, die verantwortlichen Stellen von befähigten Spezialisten besetzt werden.“¹¹

Die offensichtlich in der deutschen Wirtschaft vorhandenen Führungstalente seien in der Politik und im Militär nicht anzutreffen. Der hierfür entscheidende Grund lag für Rathenau in der fehlenden Elitenrekrutierung:

„In Preußen-Deutschland sind selbst die Anfänge einer selbsttätigen Auslese unbekannt [...]. Die aristokratische Einseitigkeit der Auswahl verkleinert nicht nur den Kreis der Verfügbarkeit [...]. Hierin liegt ein Rückschritt gegen die Zeit vor hundert Jahren [...]. Heute ist das Bürgertum Träger einer ungeheuren geschäftlichen Intelligenz, der Adel überflügelt [...]“¹²

Nach Ansicht Rathenaus wurden die politischen Funktionen für Führungskräfte aus Industrie und Wirtschaft infolge der einseitigen Führungsauslese immer weniger attraktiv. „Es kommt hinzu, dass in Deutschland seit fünfundzwanzig Jahren die Geschäfte gut gehen. Kein Mensch will beim Geldverdienen gestört sein“¹³ lautete sein Fazit.

Den eigentlichen Grund für die „aristokratische Einseitigkeit“¹⁴, ja falsche Führungsauslese sah Rathenau jedoch in der Judenpolitik Preußens. In der für sein politisches Denken zentralen Schrift *Staat und Judentum* aus dem Jahre 1911 setzte er sich damit rigoros auseinander. Ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, wo Juden eine den christlichen Mitbürgern gleichberechtigte Stellung einnahmen, würden in Preußen die Bürger jüdischen Glaubens nach wie vor nicht für verantwortungsvolle, „hoheitliche“ Funktionen zugelassen: „Verdankt nicht England seine Imperialpolitik einem Juden, dessen Standbild vor der Westminsterkirche steht? Haben nicht Frankreich, Italien, Russland, Österreich und sogar Preußen ein paar ganz tüchtige Minister jüdischen Blutes gehabt?“¹⁵

In Deutschland dagegen trügen Juden einen „sozialen Makel“¹⁶ – eine Erfahrung, die Rathenau sein Leben lang zu schaffen machte. Er, der das preußische Militär zeitlebens bewunderte und verehrte, wollte über die Position des Reserveoffiziers Eingang in den diplomatischen Dienst und

11 Rathenau: *Staat und Judentum* (wie Anm. 5), S. 820.

12 Walther Rathenau: *Politische Auslese* (1912). In: Ders.: *Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914* (wie Anm. 4), S. 944–951, hier S. 946.

13 Ebd., S. 950.

14 Ebd., S. 946.

15 Rathenau: *Staat und Judentum* (wie Anm. 5), S. 817.

16 Ebd., S. 808.

generell in die Politik finden. Als frisch promovierter Physiker wählte er für seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger das dem Hofe nahestehende renommierte Garde-Kürassier-Regiment. Trotz glänzender Beurteilungen wurde er – wie alle seine Glaubensgenossen – nicht zum Offiziersexamen zugelassen.¹⁷ Im Nachhinein hat er diese Deklassierung und gesellschaftliche Stigmatisierung mit folgenden Worten umrissen:

„In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Male voll bewußt wird, daß er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist, und daß keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.“¹⁸

Diese Zurücksetzung bedeutete für ihn nicht nur „Unrecht“, sondern wirkte sich auch negativ auf die deutsche Politik aus: „Die deutschen Juden tragen einen erheblichen Teil unsres Wirtschaftslebens, einen unverhältnismäßigen Teil der Staatslasten und der freiwilligen Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsaufwendungen auf ihren Schultern.“ Infolgedessen lautete Rathenaus Forderung an die preußisch-deutsche Politik:

„Ein Industriestaat von der Bedeutung unsres Reiches bedarf aller seiner Kräfte, der geistigen und materiellen; er kann auf einen Faktor wie den des deutschen Judentums nicht verzichten. Noch ehe ein Jahrzehnt vergeht, wird der letzte Schritt zur Emanzipation der Juden geschehen sein.“¹⁹

Diese Hoffnung schien sich für Rathenau und generell für alle Juden in Deutschland mit dem Kriegsbeginn 1914 zu erfüllen. Der von Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 proklamierte Burgfrieden schuf eine „emotional aufgeladene Volksgemeinschaft“²⁰ und bedeutete für die meisten deutschen Juden die Erfüllung der lang ersehnten politischen und sozialen Gleichstellung. Sie konnten am patriotischen Aufbruch teilnehmen und meldeten sich wie schon hundert Jahre zuvor während der Befreiungskriege in Scha-

17 Laut einer kaiserlichen Verordnung vom März 1890 sollten Reserveoffiziere nur Träger „christliche[r] Gesinnung“ werden, so dass Juden gar nicht zum Examen für den Reserveoffizier zugelassen wurden. Somit traf dies – trotz guter Leistungen – auch Rathenau. Vgl. Wolfgang Michalka: Zwischen Patriotismus und Judenzählung: Juden und Militär während des Ersten Weltkrieges. In: Ders./Martin Vogt (Hrsg.): Judenemanzipation und Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Eggingen 2003, S. 106 f. Vgl. generell Gerhard Hecker: Walther Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg. Boppard a. Rh. 1983.

18 Rathenau: Staat und Judentum (wie Anm. 5), S. 809.

19 Ebd., S. 810.

20 Vgl. Peter Gay: Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter. München 1996.

ren freiwillig zu den Waffen. Dies galt für liberale, orthodoxe und zionistische Juden gleichermaßen.²¹

Schließlich gab es durchaus berechtigte Gründe für Optimismus, wurde den Juden der bislang versperrte Zugang zu hohen Stellen in Verwaltung und Militär doch zumindest in den ersten Kriegswochen ermöglicht. Die nun dringend benötigten Soldaten und Offiziere mussten zunehmend auch aus der jüdischen Bevölkerung rekrutiert werden.

2. Eine neue Politik

Empfahl nun Rathenau eine andere, neue Politik? Bot er ein alternatives, „besseres“ Konzept an? Schon früh hat er sich mit wirtschaftlichen Problemen und dabei insbesondere mit der ökonomischen Situation Deutschlands auseinandergesetzt. Die Notwendigkeit, Rohstoffe einzuführen und Produkte billig zu verkaufen, „bietet der Zukunft Deutschlands schwerere Gefahren als irgendeine Waffendrohung“,²² argumentierte er 1913 in einem Beitrag über *Deutsche Gefahren und neue Ziele*. Neben der politischen Einkreisung ziehe sich, so Rathenau, als Folge der „nationalistischen Importhetze“ das „Netz der wirtschaftlichen Einkreisung“ immer enger um das bedrohte Deutsche Reich.

Den einzigen Ausweg aus dieser die deutsche Wirtschaft und Politik gefährdenden Situation sah Rathenau nicht im generellen Abbau der Schutzzölle – denn diese Hoffnung sei illusionär –, sondern in der Errichtung eines vom Deutschen Reich geeinten Mitteleuropa: „Es bleibt eine letzte Möglichkeit: die Erstrebung eines mitteleuropäischen Zollvereins, dem sich wohl oder übel, über lang oder kurz die westlichen Staaten anschließen würden.“²³

Um dem britischen, aber auf Dauer vor allem dem amerikanischen Konkurrenzdruck wirtschaftlich widerstehen zu können, forderte Rathenau eine europäische Zollunion unter deutscher Suprematie:

„[Dieses] Ziel würde eine wirtschaftliche Einheit schaffen, die der amerikanischen ebenbürtig, vielleicht überlegen wäre, und innerhalb des Bandes würde es zurück-

21 Vgl. Clemens Picht: Zwischen Vaterland und Volk. Das deutsche Judentum im Ersten Weltkrieg. In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München 1994, S. 736–755, hier S. 736.

22 Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele (1913). In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914 (wie Anm. 4), S. 1072–1080, hier S. 1077.

23 Ebd., S. 1078.

gebliebene, stockende und unproduktive Landesteile nicht mehr geben. Gleichzeitig aber wäre dem nationalistischen Hass der Nationen der schärfste Stachel genommen. [...] Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.“²⁴

Rathenau sah in der Gründung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsunion das einzig erfolgversprechende Mittel, der Verknappung notwendiger Rohstoffe und der schwindenden Absatzmärkte, kurz der wirtschaftlichen Stagnation zu entgehen. Ausschlaggebend für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit war für ihn der begrenzte europäische Rohstoffmarkt:

„Die Zeit naht eilend heran, in der die natürlichen Stoffe nicht mehr wie heute willige Marktprodukte, sondern heiß umstrittene Vorzugsgüter bedeuten; Erzlager werden eines Tages mehr gelten als Panzerkreuzer, die aus ihren Gängen geschmiedet werden.“²⁵

Er propagierte eine „Vergesellschaftung“ europäischer Staaten im Gefolge von „Zollvereinigungen“ und das Verschwinden der deutschen Zollgrenzen „nach mehreren Seiten hin“, wobei er allerdings die Annexion europäischer Territorien verwarf; denn es dürfe keiner „Kulturnation“ zugemutet werden, sich „fremder Obrigkeit [...] zu fügen“.²⁶ Ausschlaggebend für die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit waren für ihn vor allem die Begrenzung und letztlich die Endlichkeit der Rohstoffe, so dass er – seiner Zeit weit voraus – schon damals ein nachhaltiges und energiesparendes Wirtschaften forderte.

Mit seinem Mitteleuropa-Konzept stand Rathenau keinesfalls allein, war dieses doch ein zentrales Thema der politischen und nationalökonomischen Diskussion im wilhelminischen Deutschland vor 1914. Bei ihm sind zwar vergleichbare Ziele zu erkennen, jedoch andere Methoden, sie zu erreichen. Kaiser Wilhelm II. selbst vertrat beispielsweise noch 1912 vor dem Hintergrund der deutsch-britischen Sondierungsgespräche anlässlich der so genannten Haldane-Mission gegenüber Rathenau eine pro-britische Position: „Sein Plan sei: Vereinigte Staaten von Europa gegen Amerika.

24 Ebd., S. 1079.

25 Ebd., S. 1074.

26 Ebd.

Dies sei den Engländern nicht unsympathisch. Fünf Staaten (inkl. Frankreich) könnten etwas ausrichten.“²⁷

Rathenau selbst sah die beabsichtigte Miteinbeziehung Großbritanniens in einen europäischen Wirtschaftsbund skeptischer, weil er die britische Bereitschaft zu einem Interessenausgleich mit dem Deutschen Reich als relativ gering einschätzte. Seine Warnungen vor illusionären Erwartungen hinsichtlich der britischen Europa- bzw. Deutschlandpolitik bildeten eine Konstante, die schon vor 1914 festzustellen war und besonders auch seine Kriegsdenkschriften prägte. Wenige Monate nach seinem Gespräch mit dem Kaiser und angesichts der gescheiterten Abrüstungsverhandlungen zwischen Berlin und London trug Rathenau während eines Besuches auf dem Gut Hohenfinow von Theobald von Bethmann Hollweg im Sommer 1912 dem Reichskanzler sein konkretes Europaprogramm vor:

„1. Wirtschaft[liche] Zollunion mit Österreich, Schweiz, Italien, Belg[ien], Niederl[ande] etc. gleichzeitig mit engerer Assoziation. 2. Äußere Pol[itik]. Ihr Schlüssel: der Konflikt Deutschl. – Frankreich, der alle Nationen bereichert. Schlüssel: England. Heute Abrüstung unmöglich. Situation zunächst weiter spannen – obgleich gefährlich – ferner Englands Position im Mittelmeer verderben. Dann Bündnis. Ziel: Mittelfrika, Kleinasien.“²⁸

Angesichts der internationalen Situation 1912, die von Wettrüsten und zunehmender Konfrontation der machtpolitischen Blöcke gekennzeichnet war, empfahl Rathenau eine wirtschaftliche Vereinigung der Mittelmächte mit den nicht zur Entente gehörenden westeuropäischen Staaten, aus der sich dann die politische Kooperation ergeben sollte. Dabei fällt auf, dass er den Beziehungen des Deutschen Reiches zu Großbritannien eine zentrale Rolle für das internationale System beimaß; denn nicht im spannungsgeladenen Verhältnis zu Frankreich, sondern primär im Flottenwettrüsten mit Großbritannien erblickte er die eigentliche Konflikt- und Kriegsgefahr.

Im Zuge der deutschen Hochrüstung und anlässlich des ergebnislos verlaufenen Haldane-Besuches in Berlin analysierte Rathenau die auf einem Tiefpunkt angelangten deutsch-britischen Beziehungen: „England fühlt sich bedroht, weil wir rüsten; England rüstet, weil es sich bedroht fühlt; wir rüsten nicht, weil England rüstet, aber wir hören nicht auf, zu rüsten, solange England rüstet: ein Zirkelschluß.“²⁹ Die Fragen, „Kann der Vernünf-

27 Walther Rathenau: Tagebuch, 13.2.1912. In: Ders.: Schriften der Wilhelminischen Zeit 1885–1914 (wie Anm. 4), S. 847–872, hier S. 850.

28 Ebd., S. 859 (25.7.1912).

29 Rathenau: England und wir (wie Anm. 9), S. 941.

tige nachgeben? Können wir den Kreisprozeß anhalten?“³⁰, beantwortete er damit, dass internationale politische Konflikte dadurch zu entschärfen seien, dass die dahinterstehenden wirtschaftlichen Spannungen durch ökonomische Vereinbarungen abgebaut werden sollten. Offensichtlich glaubte Rathenau, dass eine wirtschaftliche Einigung, der eine politische folgen werde – mit Italien und vielleicht auch mit Frankreich – Großbritanniens bislang unangefochtene, den Mittelmeerraum kontrollierende Position infrage stellen würde. Das könne schließlich zu einem Interessenausgleich zwischen Deutschland und England führen. Erst dann, auf der Basis eines deutsch-britischen Bündnisses, wären auch eine Neuverteilung afrikanischer Kolonien mit dem Ziel eines vom Deutschen Reich beherrschten „Mittelafrika“ sowie auch territoriale Regelungen in Vorderasien denkbar.

Nach Rathenaus Mitteleuropa-Konzept, das er vor dem Ersten Weltkrieg parallel zu seinen privatwirtschaftlichen Entwürfen entwickelte, sollte die AEG und generell die deutsche Elektrizitätswirtschaft in Europa marktbeherrschend ausgeweitet werden. Das Konzept hatte eine wirtschaftliche Union kontinentaleuropäischer Staaten unter deutscher Führung zum Ziel. Erst aus der Position der hegemonialen Stärke heraus wäre es dem Deutschen Reich dann möglich, sich mit Großbritannien zu einigen. Eingedenk der zu schmalen Rohstoffbasis und des im Vergleich zu den etablierten Kolonialmächten Großbritannien, Frankreich und Portugal geringen Kolonialbesitzes propagierte Rathenau eine der jeweiligen Volkszahl der europäischen Staaten entsprechende Aufteilung kolonialer Territorien Afrikas und Vorderasiens. Um zu vermeiden, dass das Deutsche Reich trotz seines Bevölkerungswachstums und seiner industriellen Stärke den Status einer Großmacht verlieren und an der Weltpolitik nicht mehr teilnehmen könne, forderte Rathenau in seiner programmatischen Schrift von 1913 *Deutsche Gefahren und neue Ziele* mit Nachdruck: „Wir brauchen Land dieser Erde.“ Er verwarf allerdings Annexionen in Europa:

„Wir wollen keinem Kulturstaat das seine nehmen, aber von künftigen Aufteilungen muss uns so lange das nötige zufallen, bis wir annähernd so wie unsere Nachbarn gesättigt sind, die weit weniger Hände und unendlich mehr natürliche Güter haben.“³¹

Vor 1914 setzte sich Rathenau für eine aktive deutsche Außenpolitik ein, die vor allem durch das Schwungrad der Wirtschaft kriegserische Konflikte vermeiden sollte. Um die zunehmende Kriegsgefahr zu mildern, müsse das

30 Ebd.

31 Rathenau: *Deutsche Gefahren und neue Ziele* (wie Anm. 22), S. 1075.

kostspielige Aufrüsten auf ein vertretbares Maß reduziert werden, denn dieses schade beiden Kontrahenten, Deutschland und Großbritannien, gleichermaßen. Nutznießer eines deutsch-britischen Konfliktes würden einzig und allein die Vereinigten Staaten sein. Dagegen propagierte Rathenau eine gemeinsame europäische Front gegen die amerikanische Monroe-Doktrin in der Hoffnung, den wirtschaftlichen und politischen Einfluss der USA eindämmen und letztlich auch machtpolitische Gegensätze in Europa abzubauen zu können.

Den Krieg selbst, den Rathenau kommen sah, konnte er niemals gutheißen oder gar begrüßen. Im Gegensatz zu den meisten seiner bürgerlich-intellektuellen Zeitgenossen verstand er den Krieg nicht als Erlösung, die euphorisch zu begrüßen sei, sondern vielmehr als Verhängnis. Zum Kriegsbeginn notierte er in seinem Tagebuch: „Alle Gedanken gehören dem Krieg. Tiefe Bedrückung über das Willkürliche der Ursachen [...]“.³² „Und dabei bin ich gegen zwei Dinge: gegen den Krieg und gegen diesen Krieg.“³³ „Dieser Krieg ist nicht ein Anfang, sondern ein Ende; was er hinterläßt, sind Trümmer“, schrieb er in seinem 1917 erschienenen Buch *Von kommenden Dingen*. Und gegen die Kriegszieldiskussion gerichtet, hielt er fest: „Ich glaube nicht an unser Recht zur endgültigen Weltbestimmung.“ Sein Fazit lautete schließlich: „[...] wir sterben als ein Geschlecht des Übergangs.“³⁴ Später fragte er: „Wissen Sie, weshalb wir diesen Krieg führen? Ich weiß es nicht.“³⁵

Der unnötige, weil vermeidbare Krieg, vor dem er immer wieder gewarnt und auf dessen Beginn er mit tiefer Depression reagiert hatte, sollte aus seiner Sicht dann allerdings professionell und „ergebnisorientiert“ geführt werden. Er initiierte die zentrale Erfassung und Verteilung der kriegsnotwendigen Rohstoffe. Bis März 1915 leitete er die Kriegsrohstoffabteilung und organisierte dort einen „Feldzug der Rohstoffe“³⁶.

32 Walther Rathenau: [Tagebuch] 1914. In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 978–982, hier S. 979.

33 Alfred Kerr (1914). In: Walther Rathenau. Erinnerungen eines Freundes (Amsterdam 1935), S. 164–169, hier zitiert nach: Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 707–709, hier S. 709.

34 Walther Rathenau: Von kommenden Dingen. In: Ders.: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 33), S. 297–497, hier S. 424.

35 An Conrad Haußmann, 29.11.1914. In: Rathenau: Hauptwerke und Gespräche (wie Anm. 33), S. 711. Die negativen Äußerungen dem Krieg gegenüber lassen sich beliebig fortsetzen.

36 An Stefan Zweig, 14.10.1914. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1390 f.

Unmittelbar nach Kriegsbeginn unternahm Rathenau zwei bemerkenswerte Vorstöße. In seinem Tagebuch lesen wir:

„Bald nach Kriegsbeginn tat ich zwei Schritte: 1) ich bot dem Kanzler meine Dienste an und arbeitete ihm ein Projekt einer Zollunion für Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Frankreich aus, 2) ich ging zu Oberst Scheüch ins Kriegsministerium und entwickelte ihm den Gedanken der Rohstofforganisation.“³⁷

In den ersten Kriegswochen erweiterte er zudem sein Mitteleuropa-Konzept.³⁸ Als Antwort auf die britische Seeblockade und zur Sicherung des europäischen Binnenmarktes sowie als Ersatz für die verlorene Position auf dem Weltmarkt schlug Rathenau gleich zu Beginn des Krieges eine Zollunion mit Österreich-Ungarn vor, die zur Grundlage für eine europäische Wirtschaftsvereinigung werden sollte. Dabei griff er auf Vorstellungen aus der Vorkriegszeit zurück und passte diese der veränderten Lage an:

„Ich halte es nicht für verwegen, sondern für rechtzeitig, schon jetzt den künftigen Friedensschluß mit Frankreich vorzudenken, wenn auch die Besiegelung erst nach schwerer Arbeit mit England folgen wird. [...] Ew. Exzellenz bitte ich, es nicht als Unbescheidenheit zu deuten, wenn ich nochmals auf den mitteleuropäischen Zollverein hinweise, als auf die größte zivilisatorische Errungenschaft, die der Krieg unserer Geschichte bescheren kann.

Als ein weiteres Element der Befestigung erscheint mir die Ordnung der finanziellen Weltwirtschaft.

1. Frankreich und Belgien sollten ipso jure allen künftigen deutschen Anleihen abgabefrei ihre Märkte öffnen, die uns bisher verschlossen waren.

2. Neue russische Werte sollten nur unter gemeinsamer Zustimmung von Deutschland und Frankreich in beiden Ländern cotiert werden dürfen.

[...] Da Amerika auf lange Zeit internationaler Geldgeber nicht sein kann, England mit seinen Mitteln haushalten muß, würde die finanzielle Kontrolle des Rüstungswesens uns zufallen.“³⁹

Und wenig später folgerte Rathenau:

„Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein künftiges Gleichgewicht Europas bringen kann: Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung, gegen England und Amerika einerseits, gegen Rußland andererseits politisch und wirtschaftlich gefes-

37 Rathenau: [Tagebuch] 1914 (wie Anm. 32), S. 978.

38 Vgl. Wolfgang Michalka: „Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung.“ Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Friedens- und Kriegsziel. In: Hans Wilderott (Hrsg.): Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867–1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute. New York/Berlin [1994], S. 179–188.

39 An Theobald von Bethmann Hollweg, 28.8.1914. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 898–900, hier S. 899 f.

tigt. Das Opfer, das wir zu bringen hätten, bestände im Verzicht auf französischen Landerwerb und in Ermäßigung der Kontributionen.“⁴⁰

An den österreichischen Schriftsteller Franz Blei schrieb Rathenau am 30. Juni 1915: „Sehr vertraulich kann ich Ihnen sagen, daß ich gleich zu Beginn des Krieges auf eine Zoll-Union, die ich seit Jahren vertreten habe, hinwirkte [...]“.“⁴¹

Im Anschluss an die von ihm angeregte deutsch-österreichische Zollunion erklärte er, dass es an der Zeit wäre, nach vorn zu schauen und an die „Ordnung der finanziellen Weltwirtschaft“ zu denken. Vor allem Frankreich und Belgien sollten den Mittelmächten ihre Märkte öffnen.

Russland, das für ihn bislang eine untergeordnete Position einnahm, rückte von 1915 an in das Zentrum seiner Überlegungen. „Wir müssen endlich anfangen, uns der Politik unserer nationalen Interessen zuzuwenden“, nachdem wir „30 Jahre lang [...] Gefühlspolitik betrieben [haben], das heißt eine Politik empfindungsvoller Schlagworte“. Mit Russland gebe es keine Interessengegensätze, die ein längeres Verhältnis unmöglich machen würden, wohl aber sei die Sicherung im Osten „eine Kernfrage unserer Machtstellung“.⁴²

Er glaubte, eine Spaltung der Entente lasse sich dadurch erreichen, dass sich Russland – nach einem erfolgreichen deutschen Durchbruch an der Westfront – zu einem Separatfrieden bereit erklären würde: „Der Friede mit Frankreich [...] zieht den Frieden mit Rußland nach sich.“⁴³ Er deklarierte Russland zum „künftigen Absatzgebiet“ des Deutschen Reiches und gab zu erwägen, größere russische Gebiete für längere Zeit zu besetzen und diese wirtschaftlich „zu erschließen“. Dieser Gedanke wurde für Rathenau bestimmend für die zweite Kriegshälfte und erfuhr nach dem Krieg eine Fortsetzung – allerdings unter veränderten internationalen Bedingungen und anderen Methoden und Zielrichtungen.

Die zunehmende Gewissheit eines langen Krieges gegen England veranlasste Rathenau, zu einem Projekt mit „osteuropäischer Orientierung“ überzugehen. Schon 1915 hatte er gestanden: „Als Liberaler neige ich zu westlichen Kulturformen, jedoch nicht zu westlichen Bündnissen.“⁴⁴ Dabei

40 [„Dritte Denkschrift“], 7.9.1914. In: Ebd., S. 908–914, hier S. 911.

41 Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1438 f. Aus der 1911 beginnenden Korrespondenz mit Blei (1871–1942) entwickelten sich Begegnungen u.a. auch beim Verleger Samuel Fischer.

42 An Max Breslauer, 30.12.1915. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1489.

43 An Ludendorff, 6.11.1915. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 1401.

44 An Breslauer, 30.12.1915 (wie Anm. 42), S. 1489.

schloss er nunmehr territoriale Annexionen im Osten nicht mehr aus. In seinem Schreiben an Bethmann Hollweg vom 30. August 1915 forderte Rathenau eine grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Politik und warnte vor einer einseitigen Fixierung auf Österreich-Ungarn; denn Konflikte mit diesem traditionellen Bundesgenossen seien auf Dauer unvermeidlich. Sein Interesse richtete sich nunmehr auf Russland, das für sein außenpolitisches Denken eine Art Schlüsselfunktion erhielt: Deutschlands östlicher Nachbar müsse für ein Bündnis „reif“ gemacht werden. Dabei – und das war ein neuer Ton bei Rathenau – müsse mit brutalen Mitteln vorgegangen werden, das hieß: St. Petersburg und Moskau sollten erobert und eine lange deutsche Besatzungszeit einkalkuliert werden.⁴⁵

Offensichtlich gab Rathenau seine bis dahin gemäßigte Haltung in der Kriegszieldiskussion auf und wollte mit schärferen Forderungen den weitläufigen Kriegszielplanungen der sechs großen Wirtschaftsverbände nicht nachstehen, die sich im Mai 1915 mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt hatten. Das Russische Reich erschien in dieser Perspektive schon beinahe als Objekt halbkolonialer Aspirationen.⁴⁶

Bereits Andreas Hillgruber bezeichnete „die in der deutschen Führung allgemein vertretene Auffassung, dass es durchaus möglich sei, das russische Riesenreich in dauernder Abhängigkeit von Deutschland zu halten“, „als das wohl bedeutsamste, weil am längsten nachwirkende Novum im machtpolitischen Denken, das der deutschen Ostpolitik 1918 als Axiom zugrunde lag“.⁴⁷

Schließlich – und das spielte bei Rathenau eine nicht unerhebliche Rolle – war ihm als AEG-Präsident der russische Markt ausgesprochen wichtig, verlor die AEG durch den Krieg doch über zwanzig Prozent Umsatz des Geschäftsjahres 1913/1914 und damit die bis 1914 in Osteuropa und in Russland noch marktbeherrschende Rolle. Die Wiederaufnahme der Elektrifizierung des besiegten und von Deutschland kontrollierten Russlands würde der AEG eine lukrative Gewinnperspektive ermöglichen und verlorene Auslandsmärkte kompensieren können.⁴⁸

45 An Theobald von Bethmann Hollweg, 30.8.1915. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 1394–1397, hier S. 1394.

46 So Gerd Koenen/Lew Kopelew (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution, 1917–1924. München 1998, S. 255.

47 Andreas Hillgruber: Die gescheiterte Großmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871–1945. Düsseldorf 1980, S. 55.

48 Die AEG hatte mit Russland enge Geschäftsbeziehungen, zumal 1901 in St. Petersburg eine Tochtergesellschaft, die russische AEG (RAEG), gegründet worden war. Diese „elektrifizierte“ Russland, baute Straßenbahnlinien und rüstete russische Kriegsschiffe mit Elektrizität aus. Die engen Beziehungen zwischen AEG und RAEG rissen im Krieg ab. Vgl. Boris Grekow:

Von wegweisender Bedeutung für Rathenau wurde also die Frage, ob Deutschland eine Einigung entweder mit England oder mit Russland anstreben sollte. Diese beantwortete er klar: Großbritannien werde stets Gegner eines starken Deutschlands sein, weil die britischen, vor allem die wirtschaftlichen Interessen, unvereinbar mit denen des Deutschen Reiches seien. Demgegenüber wäre eine Verbindung mit Russland wesentlich realistischer: „Rußland braucht eine Finanzmacht, die Frankreich nicht mehr ist, England nicht werden darf; es braucht einen Schutz gegen England. Wir können Rußland finanzieren [...]. Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet [...].“⁴⁹ Rathenau spielte mit dieser Argumentation auf die vor allem wirtschaftlich schädigenden Auswirkungen der britischen Seeblockade an. Deutschland benötige einen großen autarken Binnenmarkt, der in erster Linie im Osten Europas zu errichten sei. Anstelle des ursprünglich angestrebten, unter deutscher Führung organisierten kontinentalen Binnenmarktes könne Russland nun zu einem deutschen „Ostimperium“ werden, das wirtschaftliche Autarkie und geostrategische Vorteile garantiere; dadurch würde den Seemächten Großbritannien und Amerika wirkungsvoll Paroli geboten.

Dieser Gedanke wurde für Rathenau in der zweiten Kriegshälfte bestimmend: „Von allen Kriegszielen interessiert mich nur das eine, dass der Vierverband gesprengt werden muß, und daß [...] wir uns mit Rußland verbünden.“⁵⁰ Um allerdings kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Rathenau wollte dieses Bündnis regelrecht erzwingen, indem „deutsche Soldaten“ neben St. Petersburg und Moskau „einen größeren Teil des wirklichen Rußland längere Zeit besetzt halten“⁵¹ sollten.

Nach dem Krieg gewann das inzwischen bolschewistische Russland für Rathenau abermals an Bedeutung. Schon am 3. Mai 1919 bot er, seit 1915 Präsident der AEG, dem Auswärtigen Amt seine Mittlerdienste zwischen Deutschland und der Sowjetregierung an.⁵² Wie er versprochen sich auch Kreise der Wirtschaft von der baldigen Aufnahme der Handelsbeziehungen mit dem östlichen Nachbarn Erleichterungen.

„Russland ist unser künftiges Absatzgebiet.“ Walther Rathenau und Russland zwischen 1914 und 1922. In: Wilderott: *Extreme* (wie Anm. 38), S. 203–209.

49 An Bethmann Hollweg, 30.8.1915 (wie Anm. 45), S. 1396. Vgl. Wolfgang Michalka: Rathenaus blockierter Weg in die Politik. In: Sven Brömsel/Patrik Küppers/Clemens Reichhold (Hrsg.): *Walther Rathenau im Netzwerk der Moderne*. Berlin/Boston 2014, S. 199–223, hier S. 213.

50 An Bethmann Hollweg, 30.8.1915 (wie Anm. 45), S. 1396.

51 Ebd.

52 Vgl. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, A 1. Göttingen 1982, Nr. 247, S. 469 f.

Und am 17. Februar 1920 reichte Rathenau gemeinsam mit Felix Deutsch, der der AEG als Generaldirektor vorstand, und Erich Alexander, dem Direktor der Orientbank, eine Denkschrift bei der Regierung Bauer ein. Gefordert wurde die Wiederaufnahme offizieller Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, um die vielversprechenden Geschäfte in dem großen Land unter Bedingungen von Rechtssicherheit fortzuführen und zu intensivieren. Einige Monate später wurde schließlich die Entsendung einer Studienkommission in Angriff genommen.

Gerade am Beispiel des deutschen Verhältnisses zu Russland beim Übergang vom Ersten Weltkrieg zur Republik kann mit Peter Grupp konstatiert werden, dass in Deutschland sowohl die diplomatischen als auch die Wirtschaftseliten ihre Beziehungen zum bolschewistischen Russland nie ideologischen Überlegungen untergeordnet haben. Trotz der grundlegenden prinzipiellen Ablehnung des Bolschewismus versuchten sie, die Außenpolitik im unideologischen pragmatischen Raum zu halten, damit einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Innen- und Außenpolitik ziehend.⁵³

3. Friedenswege

Rathenau zählte niemals zu denen, die von einem kurzen Krieg ausgingen. Diese Annahme verwarf er als illusionär und falsch. Selbst beim möglichen Ausscheiden Frankreichs und später auch Russlands vertrat er die Überzeugung, dass es mit England zu einem langjährigen Wirtschaftskrieg kommen werde, der letztlich von Deutschland nicht zu gewinnen sei. Seine skeptische, einen langen Wirtschaftskrieg einkalkulierende Analyse entsprach seinem bereits vor 1914 entwickelten und in verschiedenen Schriften dargelegten Bild vom Krieg, das neben machtpolitisch-militärischen vor allem wirtschaftliche Elemente aufwies. Seine konträr zu den meisten Vorstellungen seiner Zeitgenossen liegende, von den langfristigen Ursachen, den sich gewandelten Methoden und den daraus resultierenden Kriegszielen geprägte Sichtweise ließ Rathenau bereits in den ersten Kriegstagen die Gründung der Kriegsrohstoffabteilung anregen, mit deren Leitung er bis März 1915 beauftragt wurde. Darüber hinaus war er bemüht, in zahlreichen Schriften auf den sich wandelnden Charakter des Krieges aufmerksam zu machen und vor illusionären Erwartungen zu warnen. Neben der zentralen

53 Vgl. Peter Grupp: Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1919. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages. Paderborn 1988, S. 86.

Kriegswirtschaftsorganisation vertrat Rathenau in der sicheren Annahme eines langen Krieges eine Position, die repräsentativ für sein bereits vor 1914 entwickeltes Bild vom Krieg war.⁵⁴

Angesichts des im Stellungskrieg festgefahrenen und „stationär“ gewordenen Krieges im Westen und immer weniger an einen deutschen Sieg glaubend, empfahl er eine gütlich-einvernehmliche Lösung, um den Krieg zu beenden. Nicht Politiker oder Militärs, sondern „Privatleute von internationaler Erfahrung und internationalem Ansehen“ sollten „ohne Auftrag“ das jeweilige Wirtschaftspotential begutachten und auf dieser Grundlage den Krieg geschäftlich „liquidieren“.⁵⁵ In seiner Schrift *Friedenswege* aus dem Jahre 1916 argumentierte er, dass wohl keine der gegnerischen Mächte aus dem Krieg ausscheiden werde, „wenn sie nicht unvorhergesehene und unverantwortliche Fehler macht, vor der Zeit zusammenbrechen, weder aus Mangel an Mannschaft, noch an Geld, noch an mechanischen und materiellen Hilfsmitteln“. Und sollte es zu einem Frieden kommen, dann würde dieser nach Rathenaus Einschätzung ein „kurzer Waffenstillstand sein, und die Zahl der kommenden Kriege unabsehbar, die besten Nationen werden hinsinken, und die Welt wird verelenden“. Um dies zu verhindern, müsse der kommende Frieden wirtschaftlich begründet werden. In diesem Sinne hatte er sich dem Journalisten Alfred Kerr gegenüber geäußert: „Ich bin gewiß: die letzte Entscheidung in dieser ganzen Sinnlosigkeit wird nicht durch einen ‚Sieg‘ herbeigeführt, sondern durch einen ökonomischen Vergleich zwischen den Partnern; darauf kommt es hinaus.“⁵⁶

Daraus folgte Rathenau, dass festzustellen wäre, ob die Ansprüche der Kontrahenten „wirklich so unüberbrückbare Gegensätze darstellen, um die Vernichtung und Schädigung von jährlich fünf Millionen Menschenleben und die Ausgabe von jährlich mehr als hundert Milliarden europäischen Vermögens auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen“.⁵⁷ Er empfahl deshalb eine einvernehmliche und vor allem dauerhafte Lösung des militärischen Konflikts. Weiterhin regte er neben der generellen Abrüstung die Gründung eines Völkerbunds sowie die Einsetzung von Schiedsgerichten an:

54 Vgl. Wolfgang Michalka: „Wir müssen unsere Wiedergeburt in uns selbst finden.“ Rathenau über Krieg und Katastrophe, Einkehr und Wiedergeburt. In: Christof Dipper/Andreas Gestrich/Lutz Raphael (Hrsg.): Krieg, Frieden und Demokratie. Frankfurt am Main u.a. 2001, S. 119–136.

55 Walther Rathenau: *Friedenswege* (1916). In: Ders.: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 140–146, hier S. 143, folgende Zitate S. 141 f.

56 Rathenau: Alfred Kerr (wie Anm. 33), S. 709.

57 Rathenau: *Friedenswege* (wie Anm. 55), S. 143 f.

„[...] doch alles bleibt wirkungslos, sofern nicht als erstes ein Wirtschaftsbund, eine Gemeinwirtschaft der Erde geschaffen wird. Darunter verstehe ich weder die Abschaffung der nationalen Wirtschaft, noch Freihandel, noch Zollbünde: sondern die Aufteilung und gemeinsame Verwaltung der internationalen Rohstoffe, die Aufteilung des internationalen Absatzes und der internationalen Finanzierung. Ohne diese Verständigungen führen Völkerbund und Schiedsgerichte zur gesetzmäßigen Abschlachtung der Schwächeren auf dem korrekten Wege der Konkurrenz; ohne diese Verständigungen führt die bestehende Anarchie zum Gewaltkampf aller gegen alle.“⁵⁸

Rathenau konkretisierte seine Vorstellungen hierzu, wobei seine Kompetenz als international anerkannter Unternehmer, aber auch seine Erfahrungen als Organisator der Kriegswirtschaft deutlich wurden:

„Der Wirtschaftsbund aber ist so zu verstehen: Über die Rohstoffe des internationalen Handelns verfügt ein zwischenstaatliches Syndikat. Sie werden allen Nationen zu gleichen Ursprungsbedingungen zur Verfügung gestellt. [...] Die gleiche zwischenstaatliche Behörde regelt die Ausfuhr nach entsprechendem Schlüssel. Jeder Staat kann verlangen, dass die ihm zustehende Ausfuhrquote ihm abgenommen werde.“⁵⁹

Diese grundsätzlichen Bestimmungen, die vereinbart werden müssten, seien aus seiner Sicht Garantie dafür, dass „nicht der stille Wirtschaftskrieg in seiner alten Form [...] ausbrechen soll, der entweder zur Verarmung der nicht selbstversorgenden Staatsgruppen, oder zu unaufhörlichen Kriegsgezeiten führt“.⁶⁰

Rathenau war sich dessen bewusst, dass

„Jahrzehnte [...] vergehen [werden], bis dieses System der internationalen Gemeinwirtschaft voll ausgebaut ist; weiterer Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte bedarf es, um die zwischenstaatliche Anarchie durch eine freiwillig anerkannte oberste Behörde zu ersetzen, die nicht ein Schiedsgericht, sondern eine Wohlfahrtsbehörde sein muß, der als mächtigste aller Exekutiven die Handhabung der Wirtschaftsordnung zur Verfügung steht.“⁶¹

Rathenau war von dieser „kommenden“ internationalen Wirtschaftsordnung, die machtpolitische Konflikte wenn nicht generell vermeiden, so doch weitgehend schlichten und entschärfen sollte, überzeugt. Nach dem Kriege, als Gutachter bei den Reparationskonferenzen und dann als Wiederaufbauminister, war er bestrebt, die schwierige Reparationsproblematik

58 Rathenau: An Deutschlands Jugend (wie Anm. 1), S. 455 f.

59 Ebd., S. 456.

60 Ebd.

61 Ebd.

dadurch zu lösen, dass er sie aus dem Bereich der unversöhnlichen Politik in den der sachorientierten Wirtschaft zu verlagern suchte.

Es erstaunt allerdings, dass Rathenau, der immer wieder für einen Verständigungsfrieden eintrat und diesen nachdrücklich empfahl, am Ende des Krieges das von der Dritten Obersten Heeresleitung geforderte Waffenstillstandsgesuch vom 4. Oktober 1918 als verfrüht, ja als falsch verwarf. Da er ohnehin mit einer längeren Kriegsdauer rechnete, fehlte ihm für das seiner Ansicht nach überstürzte Waffenstillstandsangebot jedes Verständnis. Hatte er doch noch am 2. Oktober in seinem Artikel *Festigkeit* erklärt: „Wir haben unser unberührtes Land, unser Heer, unsere Versorgung und unsere Rüstung. Das übrige hängt vom Willen ab. Ist das ein Grund zur Besorgnis?“⁶² Die Antwort gab er am 7. Oktober in dem Artikel *Ein dunkler Tag*: „Nicht im Weichen mußte man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen. [...] Hat man das übersehen? Wer die Nerven verloren hat, muß ersetzt werden. [...] Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“⁶³ Alternativ dazu forderte er eine „levée en masse“ – nicht um den Krieg zu verlängern, was ihm sofort vorgeworfen wurde, sondern um bessere Bedingungen für einen Waffenstillstand zu schaffen, aber vor allem auch, um einen Bürgerkrieg verhindern und die vermeintliche Gefahr der „Bolschewisierung“ Deutschlands abwehren zu können.⁶⁴ In dieser Absicht rief er zur nationalen Verteidigung, zur „Erhebung des Volkes“ auf. Ein aus Bürgern und Soldaten bestehendes Verteidigungsamt sollte eingerichtet werden mit der primären Aufgabe, möglichst umgehend nicht nur die sich in der Etappe befindlichen Soldaten, sondern zusätzlich alle Wehrfähigen zu erfassen und diese ebenfalls an die Westfront zu schicken. Denn nur eine „erneuerte“ Front könne andere Bedingungen als eine „ermüdete“ erwarten.

Bereits am 9. Oktober 1918 verdeutlichte Rathenau dem gerade zum Kriegsminister ernannten General Scheüch seine Motive. Der vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson als Bedingung für die von Deutschland erbetenen Waffenstillstandsverhandlungen geforderte Rückzug der Truppen würde „die Besiegelung des Endes unserer Verteidigungsfähigkeit, somit Ergebung auf Gnade und Ungnade“⁶⁵ zur Konsequenz

62 Berliner Tageblatt, 2.10.1918. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 484–488, hier S. 485.

63 Vossische Zeitung, 7.10.1918. In: Ebd., S. 494–500, hier S. 496–498.

64 „Die Gefahr des Bolschewismus ist gegenwärtig die drohendste.“ An Matthias Erzberger, 26.10.1918. In: Ebd., S. 1811–1815, hier S. 1811.

65 An Heinrich Scheüch, 9.10.1918. In: Ebd., S. 1795–1797, hier S. 1795; ebenso an Albert Ballin, 15.10.1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1999 f.

haben. Um dies zu vermeiden, musste seiner Ansicht nach die Front sechs bis neun weitere Monate gehalten werden, um Aufschub für einen geordneten Rückzug gewinnen zu können. Denn für einen von ihm geforderten Volkskrieg müsse „die Organisation der Kriegführung“ geändert werden. Außerdem habe eine eigens geschaffene Demobilisierungsstelle bürgerkriegsähnliche Zustände zu vermeiden.⁶⁶

Rathenau, der bereits vor 1914 auf die akute Gefahr und die fatalen Folgen eines Krieges aufmerksam gemacht und während des Krieges immer wieder auf die Sinnlosigkeit dieses machtpolitischen Konfliktes hingewiesen hatte, rief exakt zum Zeitpunkt, an dem der Krieg beendet werden sollte, zu einem Volkskrieg auf. Wie ist diese eklatante Gesinnungsänderung zu erklären? Mit seinem „Levée en masse“-Aufruf knüpfte Rathenau an Gedanken an, die er bereits während des Krieges entwickelt und verschiedenen Entscheidungsträgern vorgetragen hatte.

So begrüßte er in einem Schreiben vom 6. November 1916 an General Ludendorff die Einrichtung eines Kriegsammtes, das unterschiedliche kriegswirtschaftliche Bereiche institutionell zu organisieren und abzustimmen hatte. Er selbst betonte, dass er „den Gedanken der bürgerlichen Mobilmachung [...] für durchführbar und wertvoll“ halte und dass er in diesem Sinne eine „systematische Ausschöpfung aller mobilen Bestände hinter der Front, in Etappen und Garnisonen“ befürworten würde. Denn „[d]ie Zahl der Kriegsverwendungsfähigen, die heute für Überwachung, Transporte, Fabrikkontrollen, vor allem aber für Büro- und Schreibarbeiten verwendet werden, ist enorm. [...] Ich glaube, daß eine Mindestzahl von einer Million Menschen auf diesem Wege verfügbar gemacht werden kann.“⁶⁷ Rathenau war der Meinung, dass vermehrt Frauen besonders für Büro- und Schreibarbeiten einzusetzen seien, um die an der Front dringend benötigten Männer zu ersetzen.

In ähnlicher Weise argumentierte er Generalmajor Hans von Seeckt gegenüber, indem er zu erwägen gab, dass es die wichtigste Aufgabe des Kriegsammtes sei, eine „bürgerliche Mobilmachung“ anzustreben „in dem Sinne, daß zwischen 16 und 60 Jahren alle verwertbaren Kräfte des Landes zur Kriegsarbeit herangezogen werden“ sollten.⁶⁸ Und gegenüber Hauptmann Ruprecht entwickelte er am 10. November 1916 den „Grundgedanken“, dass es einer anderen Organisation als bisher bedürfe, „um die

66 Vgl. an Hermann Scheüch, 15.10.1918. In: Rathenau: Schriften der Kriegs- und Revolutionszeit 1914–1918 (wie Anm. 1), S. 1799–1802, hier S. 1800.

67 An Erich Ludendorff, 6.11.1916. In: Ebd., S. 1588 f.

68 An Hans von Seeckt, 7.11.1916. In: Ebd., S. 1590–1593, hier S. 1590.

wirtschaftlichen Arbeitskräfte des Landes den Kriegsaufgaben so restlos wie möglich verfügbar zu machen“. Generell stünden viel zu viele militärische Kräfte in zivilen Diensten in der Heimat. Dabei dürften jedoch nicht die für die Industrie unverzichtbaren Fachkräfte an die Front geschickt werden.⁶⁹ „Wir können uns nur retten, wenn wir Zeit gewinnen. Ob wir wollen oder nicht: wir werden gezwungen werden, den Krieg noch fortzusetzen. Wenn dies aber sein muß – es hängt nicht von uns ab –, dann vorbereitet.“⁷⁰

Rathenau handelte „zugleich als aufgewühlter Patriot, als entsetzter Geschäftsmann und als rücksichtsloser Kriegsorganisator“.⁷¹ Er kritisierte, dass, wie er später formulierte, „Konkurs statt Liquidation angemeldet worden sei; er sah einen von den Siegermächten aufgezwungenen Diktatfrieden voraus und befürchtete Revolution und Bürgerkrieg im Innern; hiergegen setzte er, was er schon zwei Jahre vorher für Ludendorff geplant hatte: weitere systematische Ausschöpfung aller mobilen Bestände.“⁷²

Mit seinem „Levée en masse“-Artikel, in dem er gleichsam als „deutscher Gambetta“ über eine grundlegende „Mobilisierung“ auch der zivilen Bevölkerung zu einem „Volkskrieg“ aufrief, empfahl Rathenau eine Kriegsform, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in Reichswehrkreisen intensiv diskutiert und als der „Krieg der Zukunft“⁷³ angesehen wurde. Als Konsequenz aus der Kriegsniederlage und der vom Versailler Vertrag geforderten Reduzierung der Streitkräfte auf ein 100.000-Mann-Berufsheer bei Verbot von Angriffswaffen erschien eine Militarisierung und Mobilisierung der Gesellschaft mit dem Ziel einer „totalen“ Kriegführung als zwingend. Die Aufhebung der Grenze zwischen kämpfender Truppe und ziviler Bevölkerung, der gezielt vorbereitete „Guerilla-Krieg“ und generell die Radikalisierung des Krieges galt es aus Sicht der Heeresleitung, systematisch und langfristig zu planen. Nur so könne das geschlagene Deutsche Reich aus seiner tiefsten Niederlage eine Perspektive für seinen Wiederaufstieg gewinnen.

69 An Hauptmann Ruprecht, 10.11.1916. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1579 f.

70 An Harden, 8.10.1918. In: Walther Rathenau – Maximilian Harden: Briefwechsel 1897–1920. Hrsg. von Hans Dieter Hellge. München/Heidelberg 1983 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. VI), S. 750 f.; ebenso an Hugo Preuß, 7.10.1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 1985; auch an Eduard Heimann, 8.10.1918. In: Ebd., S. 1986 f.

71 Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. verb. Aufl. Göttingen 1992, S. 93.

72 Ebd., S. 94.

73 Wilhelm Deist: Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 45 (1989), S. 81–92.

Rathenau hatte allerdings andere Zielvorstellungen. Indem er den „Volkskrieg“ forderte, beschwor er den „Geist der Befreiungskriege von 1813“, als es darum ging, sich nicht nur von der Zwangsherrschaft Napoleons zu befreien, sondern vor allem aus der erlittenen Niederlage von Jena und Auerstedt den Willen zur Reform und zur geistigen Wiedergeburt abzuleiten.

Dieser Artikel hatte eine den Verfasser schädigende Wirkung.⁷⁴ Rathenaus Aufruf entfachte eine heftige Diskussion, sowohl in politischen als auch militärischen Kreisen ebenso wie in der Tagespresse und in der Öffentlichkeit: „Die Agitation wegen meines Aufsatzes in der ‚Voß‘ ist nicht sachlich; denn *es ist* die vier Wochen weitergekömpft worden, die unter allen Umständen nötig waren –, nur sind diese 4 Wochen für den Friedensschluß verloren. Das bedeutet den Verlust eines Menschenalters deutscher Wirtschaft.“⁷⁵

Rathenau galt nun als Kriegsverlängerer und Kriegshetzer. Dieser Makel sollte ihm noch lange anhaften und ihn politisch ausgrenzen. Sein Artikel hatte „eine sehr zwiespältige, teils empörende, teils geradezu nervenzerreißende Wirkung gehabt“.⁷⁶ Er konnte nicht ahnen, „dass er mit seinem Artikel bereits der kommenden ‚Dolchstoßlegende‘ die Umrissvorzeichnungen würde“.⁷⁷

Erst nach dem Kapp-Putsch 1920 war Rathenau wieder gefragt. Reichskanzler Joseph Wirth berief ihn als Wiederaufbauminister und 1922 als Außenminister in sein Kabinett. Und wie schon während des Krieges war er bestrebt, die emotionsgeladene Politik in den Bereich sachlicher Argumente überzuführen. Seinen neuen Aufgabenbereich verstand er nicht politisch, sondern „vielmehr privatwirtschaftlich und industriell“. Er betonte, dass er sein Amt „nach rein sachlichen Grundsätzen führen“ werde, „nicht beeinflusst von wirtschaftlichen Voreingenommenheiten“ oder einem politischen Mandat.⁷⁸

Damit hatte Rathenau mit wenigen Worten sein Verständnis von Politik und von seiner künftigen Aufgabe umrissen. Nicht von den Massen gewählte Parteipolitiker, die von den politischen Stimmungslagen abhängig waren, sondern neutrale Sachverständige, das heißt, kompetente und erfahrene Fachleute seien primär in der Lage, das komplizierte Geflecht der Politik

74 So Ernst Schulin: Der Lehrer. Zur Wirkung der Schriften und Briefe Rathenaus. In: Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 49–65, hier S. 51 f.

75 An Arthur Holitscher, 21.11.1918. In: Rathenau: Briefe 1914–1922 (wie Anm. 2), S. 2026.

76 Schulin: Repräsentant (wie Anm. 71), S. 93.

77 Hecker: Militär und Krieg (wie Anm. 17), S. 437.

78 Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 197–204, hier S. 199 ff.

unabhängig und rational zu kontrollieren, zu lenken und am Laufen zu halten. Hier klingt deutlich Rathenaus häufig schon vor dem Kriege geäußerte Kritik an in Deutschland unzureichenden Führungsnachwuchs und vor allem an den fehlenden politischen Konzepten an. Er betonte vielmehr eindeutig den Primat der Wirtschaft; denn er war davon überzeugt, dass „schon in wenigen Jahren die Welt erkennen [werde], dass die Politik nicht das Letzte entscheidet“, weil nämlich „die Wirtschaft das Schicksal“ sei.⁷⁹

79 Rede am 28. September 1921. In: Ebd., S. 241–263, hier S. 264.